WP-01 Ein Land der Innovation und Nachhaltigkeit

Gremium:	Landesvorstand NRW
Beschlussdatum:	01.10.2026
Tagesordnungspunkt:	4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

Wir wollen ein NRW, dessen Wirtschaft, Energie und Mobilität den Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Wir wollen, dass ambitionierter Klimaschutz und nachhaltiger Wohlstand zusammengehen: mit einer Industrie, die Zukunft hat, mit Energie, die unabhängig macht, mit Mobilität, die für alle funktioniert. Wir fragen zuerst, was Menschen im Alltag brauchen: günstige Energie, verlässliche Mobilität, sichere Arbeitsplätze. Daran richten wir unsere Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik aus.

NRW muss unabhängig und handlungsfähig sein. Dazu gehört ein klarer Pfad zur Klimaneutralität, der ambitioniert im Ziel und pragmatisch im Weg ist. Dazu gehört eine Energieversorgung, die nicht von Öl, Gas oder autoritären Regimen abhängt, sondern auf heimischer Wind- und Sonnenkraft aufbaut. Dazu gehört eine Industrie, die eigene Wertschöpfungsketten stärkt, statt sich von geopolitisch unzuverlässigen Lieferketten abhängig zu machen. Und dazu gehört ein Verkehrssystem, das die Menschen zuverlässig ans Ziel bringt, egal ob mit Bus, Bahn, Rad, zu Fuß oder mit dem Auto.

Diese Unabhängigkeit ist für uns eine Frage wirtschaftlicher Stärke und politischer Handlungsfähigkeit. Wir wollen weniger abhängig von fossilen Energien, kritischen Rohstoffen und einzelnen Lieferanten sein – und mehr von dem in NRW und Europa produzieren, was wir für unseren Wohlstand und unsere Zukunft brauchen.

Wir wollen ein NRW, das bei den Alltagssorgen hilft, bei der Transformation unterstützt und als starker und innovativer Wirtschafts- und Energiestandort vorangeht. Ein Land, das Wohlstand sichert, Unabhängigkeit schafft und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglicht. Seit fast fünf Jahren arbeiten wir daran, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen – mit über 1.000 neuen Windrädern, Investitionen in unsere Infrastruktur,einem klaren Fahrplan für den Kohleausstieg und einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (SDG's) Diesen Kurs wollen wir für alle 18 Millionen Menschen in diesem Land fortsetzen: bezahlbar, gerecht, innovativ und mit einem Wohlstand, der sich aus echter Zukunftsfähigkeit speist.

Denn wir sind überzeugt: NRW hat alles, was es braucht, um aus den großen Veränderungen unserer Zeit neue Stärke zu gewinnen. Diesen Weg gehen wir weiter: Wir wollen jeden Tag NRW ein kleines bisschen besser machen, denn wir sind überzeugt, dass die besten Tage nicht hinter uns, sondern vor uns liegen.

Wir machen Klimaschutz zum Wirtschaftsmotor

Klimaschutzgesetz weiterentwickeln

Klimaschutz gehört zu unserer politischen DNA, weil wir der nächsten Generation ein Land hinterlassen wollen, in dem man weiterhin gut leben kann. Wer Klima und Natur schützt, schützt auch Frieden und Freiheit. Wir denken Klimaschutz in sämtlichen Politikbereichen mit: von Energie, über Industrie, Verkehr, Wohnen bis zur Landwirtschaft. Auch unsere Verwaltung, unsere Finanzpolitik und unsere Bildung richten wir konsequent am Klimaschutz aus. Diesen Weg gehen wir mit Zuversicht weiter. Es lohnt sich zu kämpfen, denn jeder noch so kleine Temperaturanstieg, den wir verhindern, macht einen Unterschied für die 18 Millionen Menschen in NRW aus. Wir bekennen uns klar zum Pariser Klimaabkommen und seinem Ziel, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen.

NRW übernimmt seinen Teil der globalen Verantwortung: Unser Ziel ist ein klimaneutrales NRW spätestens im Jahr 2045. Und wir kommen voran: Als größtes Industrie- und Energieland Deutschlands haben wir unsere Treibhausgasemissionen seit 1990 inzwischen um mehr als die Hälfte gesenkt. Das zeigt: Konsequenter Klimaschutz wirkt – auch in einem Land, in dem ein großer Teil der deutschen Industrieproduktion stattfindet. Diesen Weg werden wir entschlossen weitergehen und entwickeln dafür das Klimaschutzgesetz weiter, indem wir verbindliche Sektorziele für die Jahre 2035 und 2040 und klare Reduktionspfade für alle Ministerien festlegen. Mit ambitionierten Maßnahmen wie der bereits umgesetzten Solarpflicht, einer Strategie für eine klimaneutrale Landesverwaltung, einem CO2-Schattenpreis und verlässlichen Investitionen bringen wir NRW Schritt für Schritt auf den Weg zur Klimaneutralität. Obwohl der Klimaschutzfortschritt des Landes maßgeblich von den Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene abhängt, werden wir als Landesregierung alles tun, um unsere Ziele zu erreichen.

Transformation und Klimaanpassung als zentrale Chancen für den Wirtschaftsstandort

Am stärksten wirkt Klimaschutz dort, wo er Wohlstand sichert und neuen schafft. Schon heute erzeugen wir mit Erneuerbarer Energie günstigen Strom und unsere Unternehmen in der Kreislaufwirtschaft sind international Vorreiter. Deshalb sehen wir in der Transformation unserer Industrie eine echte Chance und einen der größten Hebel, um das im Klimaschutzgesetz festgelegte Ziel, NRW bis 2045 klimaneutral zu machen, zu erreichen und unseren Wohlstand zu erneuern. Wer stattdessen heute immer noch an fossilen Energien festhält, setzt die Wirtschaft einer massiven geopolitischen Abhängigkeit von autoritären Regimen aus, wie die Blockade der Straße von Hormuz schmerzhaft zeigt. Nicht Klimaschutz belastet die Wirtschaft, sondern kein Klimaschutz. Das hat auch das Rhein-Niedrigwasser in den Jahren 2025 und 2026 gezeigt, das unsere Industrie in NRW massiv belastete und zu horrenden Folgekosten führte.

Wir wollen den CO2-Ausstoß so weit wie möglich reduzieren und zukünftig vermeiden. Für unvermeidbare, beziehungsweise schwer vermeidbare Prozessemissionen, wollen wir der Industrie Möglichkeiten zur Abscheidung und Nutzung von CO2 eröffnen und die notwendige Transportinfrastruktur weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf eine leistungsfähige nationale und

europäische CO2-Infrastruktur, über die auch geeignete Speicherstätten erreichbar werden. Das gilt auch für die CO2-Entnahme aus der Atmosphäre, die wir künftig brauchen werden, um unvermeidbare Restemissionen auszugleichen.

Wir wollen Klimaanpassung als eigenen Zukunftsmarkt gezielt weiterentwickeln, indem wir die Vernetzung und Unterstützung von Unternehmen ausbauen und Klimaanpassung stärker in öffentlichen Ausschreibungen unterstützen. Eine leistungsfähige Wirtschaft braucht zudem eine Infrastruktur, die auch unter veränderten klimatischen Bedingungen zuverlässig funktioniert. Deshalb berücksichtigen wir Klimarisiken beim Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur: bei Wasserstraßen, beim Bau von Hochwasser- und Starkregenschutz, bei der Wasserverfügbarkeit sowie Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Klimaanpassung schützt damit auch Produktion, Lieferketten und industrielle Wertschöpfung.

Wir stärken die Wirtschaft für die Zukunft

Industrie, die uns stark macht

Wirtschaftliches Wachstum und klimaneutrale Transformation gehören für uns zusammen. Wir wollen NRW wirtschaftlich stärker, wettbewerbsfähiger und zugleich klimaneutral machen. Wir wollen, dass die Wirtschaft in NRW wieder wächst und sich zugleich ressourcenschonend, klimaneutral und zukunftsfähig aufstellt. Unsere Politik schafft dafür die Voraussetzungen: bezahlbare, saubere und verlässlich verfügbare Energie, weniger Bürokratie und schnellere Verfahren, mehr private Investitionen, wettbewerbsfähige Unternehmen, neue Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze.

Wir stehen für nachhaltiges Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen, das auf Innovation, technologischem Fortschritt und einem effizienteren Einsatz von Ressourcen beruht. Damit unsere Unternehmen ihre Potenziale voll ausschöpfen können, benötigen wir aber auch verlässliche und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen auf Bundes- und europäischer Ebene. Unterschiedliche Regeln, unübersichtliche Förderprogramme und nationale Insellösungen dürfen Investitionen und Innovationen nicht ausbremsen. Deshalb setzen wir uns beim Bund und in der EU für einen verlässlichen Rahmen ein, der Investitionen erleichtert, Innovationen beschleunigt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärkt.

Wir haben uns ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Wir machen NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion. Der Weg dorthin muss pragmatisch, technisch machbar, wirtschaftlich gangbar und sozial verträglich sein. Gerade bei grundlegenden Wertschöpfungsstufen in Chemie, Stahl, Raffinerien und anderen energieintensiven Industrien wollen wir Strukturbrüche verhindern und industrielle Wertschöpfung im Land halten.

In NRW soll auch in Zukunft das Herz der deutschen Stahlindustrie kräftig schlagen. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten. Sie sehen ihre Zukunft in der klimaneutralen Produktion. Zehntausende Arbeitsplätze und ganze Wertschöpfungsketten hängen direkt und indirekt an unseren Stahlstandorten. Deshalb kämpfen wir für eine starke, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Stahlindustrie und für den Erhalt guter Industriearbeitsplätze in NRW. Wir stehen zu den Investitionen in die Transformation von Thyssenkrupp Steel und

anderen Stahlstandorten und erwarten zugleich von den Unternehmen, Verantwortung für moderne Standorte und Beschäftigte zu übernehmen. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen für verlässliche Rahmenbedingungen ein: wettbewerbsfähige Energiepreise, ausreichend erneuerbaren Strom und Wasserstoff, die notwendige Infrastruktur und starke Märkte für klimaneutralen Stahl. Unser Ziel ist klimaneutraler Stahl Made in NRW – mit guter Arbeit und industrieller Wertschöpfung hier bei uns.

Wasserstoff bleibt für die Industrie ein zentraler Baustein. Deshalb treiben wir die Anbindung NRWs an das Wasserstoffkernnetz sowie an nationale und europäische Import- und Transportinfrastrukturen voran. Innerhalb einer Übergangsphase gehen wir pragmatisch mit unterschiedlichen Herkunftspfaden um, solange sie mit dem Pfad zur Klimaneutralität vereinbar sind.

Mit dem industriepolitischen Leitbild des NRW-Wirtschaftsministeriums wurde ein verlässlicher Rahmen für die Transformation des Industriestandorts geschaffen. Diesen Weg entwickeln wir gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden weiter und übersetzen ihn dort, wo es notwendig ist, in konkrete Lösungen für einzelne Branchen. Mit dem Chemie- und Raffineriepakt ist es gelungen, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein gemeinsames Verständnis von Industrie und Politik zu schaffen: Wir halten am Ziel der Klimaneutralität fest und arbeiten gemeinsam daran, wie die Transformation der Chemie- und Raffinerieindustrie unter wettbewerbsfähigen Bedingungen gelingen kann.

Für die klimaneutrale Transformation unserer Industrie wollen wir die bestehenden Förderinstrumente des Landes stärker bündeln und gezielt auf Investitionen ausrichten, die klimaneutrale Produktion und neue Wertschöpfung in NRW voranbringen.

Private Investitionen sind der Schlüssel für neues Wachstum und die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für einen Investitionsbooster ein: Unternehmen, die in Klimaneutralität und Transformation investieren, sollen durch eine Steuergutschrift gezielt entlastet werden. Damit mobilisieren wir zusätzliches privates Kapital für die Modernisierung unseres Wirtschaftsstandorts.

Wir wollen, dass die Industrie der Zukunft klimaneutral produziert und das in NRW. Die Gefahr, dass Produktion und Arbeitsplätze in Länder mit niedrigeren Umwelt- und Klima-Standards abwandern, nehmen wir ernst. Deshalb sichern wir industrielle Wertschöpfungsketten und Verbundstandorte und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Transformation unserer Stahl-, Chemie- und Automobilindustrie. Klimaschutz darf nicht dazu führen, dass Emissionen lediglich ins Ausland verlagert werden. Den Europäischen Emissionshandel verteidigen wir deshalb als marktbasiertes Klimaschutzinstrument und setzen uns für einen wirksamen europäischen CO_2-Grenzausgleich ein, der heimische Unternehmen vor unfairem Wettbewerb durch klimaschädlich produzierte Importe schützt.

Unsere Industrie braucht jetzt wirksamen Schutz gegen den aggressiven Preiskrieg, den China mit staatlich subventionierter Überproduktion befeuert. Deshalb setzen wir uns für starke europäische Schutzinstrumente ein und gehen entschlossen unseren Weg zu mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

Wir machen NRW zu einem Land, in dem aus Investitionsentscheidungen schnell Investitionen werden. Dafür halten wir ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen vor, revitalisieren Brachen und ehemalige Industrieflächen und entwickeln strategisch wichtige Standorte vorausschauend. Große Investitionsstandorte machen wir „ready to invest“: mit geklärtem Planungsrecht, leistungsfähigen Strom- und perspektivisch Wasserstoffanschlüssen, Glasfaser sowie guter Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur. Für bedeutende Investitionsvorhaben, welche die Transformation zur klimaneutralen Industrieregion ermöglichen, schaffen wir ein verbindliches Projektmanagement mit einer zentralen Ansprechperson, die Genehmigungsverfahren über Behörden und staatliche Ebenen hinweg koordiniert und beschleunigt. Investitionsförderung konzentrieren wir dort, wo sie zusätzliche private Investitionen, Innovation und klimaneutrale Wertschöpfung auslöst.

Wir warten nicht darauf, dass Investitionen nach NRW kommen, sondern werben weltweit aktiv um sie. Wir sprechen gezielt Unternehmen aus Zukunftsbranchen an, begleiten sie von der Standortentscheidung bis zur Ansiedlung und verknüpfen sie mit heimischem Mittelstand, Start-ups und Forschung. So sorgen wir dafür, dass aus internationalen Investitionen neue Arbeitsplätze, Innovationen und zusätzliche Wertschöpfung in NRW entstehen.

Mittelstand zum Gewinner der Transformation machen

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und tief in den Regionen NRWs verwurzelt. Familienunternehmen, Handwerksbetriebe und kleine und mittlere Unternehmen schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, treiben Innovationen voran und übernehmen Verantwortung vor Ort. Viele von ihnen stehen gleichzeitig vor großen Herausforderungen: steigende Kosten, fehlende Fachkräfte, Unternehmensnachfolgen sowie notwendige Investitionen in Digitalisierung, KI und klimaneutrale Produktion. Wir wollen, dass der Mittelstand zu den Gewinnern der Transformation gehört. Kommunen sollen Unternehmen bei Genehmigungen und Planungsverfahren unterstützen. Junge Menschen, die als Nachfolgeunternehmer*innen Verantwortung übernehmen wollen, unterstützen wir, z.B. mit günstigen Krediten oder Garantien. Denn sie stehen oft vor großen Herausforderungen, um den Kapitalbedarf für die Übernahme eines Unternehmens aufzubringen.

Wir verbessern den Zugang zu Finanzierung und Förderung, bringen neue Technologien und Forschung schneller in die betriebliche Praxis und Mittelstand und Start-ups gezielter zusammen. Wir wollen es kleinen und mittleren Unternehmen erleichtern, innovative Lösungen von Start-ups erstmals im eigenen Betrieb einzusetzen und daraus langfristige Partnerschaften entstehen zu lassen. So bekommen Mittelständler schneller Zugang zu neuen Technologien und Start-ups schneller ihre ersten Kunden.

Mehr Frauen sollen Unternehmen gründen und übernehmen können. Deshalb setzen wir unseren Einsatz auf Bundesebene für einen besseren Mutterschutz für Selbstständige fort. Wer als selbstständige Mutter einen Betrieb führt, trägt Verantwortung für Beschäftigte und Kund*innen und darf rund um die Geburt eines Kindes nicht vor der Frage stehen, wie Betrieb und eigene Absicherung weiterlaufen. Ein verlässlicher Mutterschutz für Selbstständige ist deshalb für uns eine Frage von wirtschaftlicher Teilhabe, Gleichstellung und fairen

Bedingungen für Unternehmerinnen. Denn wer einen Betrieb gründet, übernimmt oder weiterführt, schafft Arbeitsplätze und sichert handwerkliches Know-how für die nächste Generation.

Unternehmer*innen mit Einwanderungsgeschichte gründen überdurchschnittlich oft und sind ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen ihre Potenziale stärken und bestehende Hürden für Gründung, wirtschaftlichen Erfolg und Teilhabe abbauen. Zudem arbeiten noch immer Menschen in NRW weit unterhalb ihrer Qualifikation, weil Berufs- und Bildungsabschlüsse nicht oder erst nach langen Verfahren anerkannt werden. Zu oft verlassen genau diese Fachkräfte unser Land, da Behördengänge zu kompliziert sind. Das können wir uns weder gesellschaftlich noch angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels leisten. Wir wollen Anerkennungsverfahren weiter vereinfachen, beschleunigen und digitalisieren. Informations- und Beratungsangebote über Anerkennungsverfahren sollen niedrigschwellig und mehrsprachig verfügbar sein. Die behördlichen Zuständigkeiten wollen wir übersichtlicher und effizienter gestalten.

Vor allem schaffen wir Verlässlichkeit für Investitionen: bei Energiepreisen, Infrastruktur und den politischen Rahmenbedingungen. Bei neuen Großinvestitionen und Ansiedlungen wollen wir, dass heimische Zulieferer, Handwerk und Mittelstand profitieren und neue Wertschöpfung in den Regionen entsteht.

Ohne starkes Handwerk keine erfolgreiche Transformation

Handwerker*innen bauen Wohnungen, installieren Wärmepumpen und Solaranlagen, modernisieren unsere Infrastruktur und sorgen überall im Land für regionale Wertschöpfung. Deshalb wollen wir dem Handwerk den Rücken freihalten und vor allem die Fachkräftebasis stärken. Wir bringen junge Menschen und Ausbildungsbetriebe besser zusammen, fördern die berufliche Bildung und gewinnen gezielt mehr Frauen, Zugewanderte und Menschen mit Behinderungen für handwerkliche Berufe.

Gleichzeitig unterstützen wir Betriebsübernahmen und machen die Selbstständigkeit im Handwerk attraktiver. NRW braucht die Meister*innen von morgen: Sie bilden Fachkräfte aus, übernehmen Betriebe und sichern die Zukunft unseres Handwerks und Mittelstands. Deshalb wollen wir die Ausbildungseinrichtungen stärken, die Plätze für die Meisterausbildung erhöhen und die Meisterausbildung in NRW schrittweise kostenfrei machen. So investieren wir direkt in die Fachkräfte, die unser Land braucht, und erleichtern den Weg in Selbstständigkeit und Betriebsnachfolge.

Innovation strategisch und zielgerichtet fördern

Innovationen bringen uns in NRW vorwärts. Wir wollen technologischen Fortschritt mit den Stärken unseres Industriestandortes verbinden und dafür sorgen, dass aus guten Ideen schneller konkrete Anwendungen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze entstehen. Dafür bringen wir Forschung, Wirtschaft und Gründungen stärker zusammen.

NRW steckt voller Ideen, die sich in zahlreichen Start-up-Gründungen niederschlagen. Unsere Gründungsförderung wirkt: NRW gehört heute zu den führenden Start-up-Standorten Deutschlands, und die Zahl der Neugründungen ist zuletzt deutlich gestiegen. Diesen Erfolg wollen wir ausbauen. Wir wollen

weiterhin ein attraktiver Standort für Gründungen und innovative Unternehmen sein. Wir setzen einen besonderen Fokus auf Gründungen, die nachhaltige Produkte oder Social Impact haben und bauen das Gründer*innenstipendium weiter aus. Wissenschaftliche Ausgründungen wollen wir erleichtern und den Weg von der Hochschule in den Markt beschleunigen. Dafür setzen wir uns für standardisierte und faire Verträge bei Ausgründungen ein.

Wer sich selbstständig macht, übernimmt Verantwortung, verwirklicht eigene Ideen und schafft wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wert. Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen gehören selbstverständlich zur Vielfalt unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt – von Handwerk und Beratung über Kultur und Kreativwirtschaft bis zu digitalen Dienstleistungen. Wir wollen, dass NRW ein Land ist, in dem Menschen den Mut haben, ihre Ideen selbstständig zu verwirklichen, und dabei auf gute Rahmenbedingungen treffen.

Deshalb werden wir Solo-Selbstständige bei Förderprogrammen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Landes konsequent mitdenken, Zugänge zu Beratung und Förderung niedrigschwelliger gestalten und unnötige Bürokratie abbauen. Beratungsangebote wollen wir auch in der Festigungsphase einer Selbstständigkeit stärken. Bei öffentlichen Vergaben des Landes achten wir darauf, dass auch Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen faire Chancen haben. Dabei wollen wir die unterschiedlichen Formen von Selbstständigkeit in den Blick nehmen.

Wir wollen, dass in NRW erfolgreiche Start-ups gegründet werden und aus ihnen auch die großen Unternehmen von morgen entstehen. Wir unterstützen wachstumsstarke Unternehmen bereits bei Skalierung, Finanzierung und Internationalisierung und stellen über die NRW.BANK zugleich Wachstumskapital bereit und mobilisieren gemeinsam mit privaten Investor*innen zusätzliches Kapital. Diesen Ansatz wollen wir weiter ausbauen, damit innovative Unternehmen ihre nächste Wachstumsphase in NRW finanzieren und Wertschöpfung und Arbeitsplätze hier schaffen können. Dabei setzen wir auf klare wirtschaftliche Kriterien und nehmen besonders Unternehmen in den Blick, die neue Technologien voranbringen und zur Transformation unseres Wirtschaftsstandortes beitragen.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass mit dem „28. Regime“ ein einheitlicher europäischer Rechtsrahmen für Unternehmen Realität wird. Davon würden Start-ups, Betriebe und Handwerksunternehmen in den Grenzregionen von ganz NRW profitieren.

Wir konzentrieren unsere Innovationspolitik auf die Bereiche, in denen für NRW besonders große Chancen liegen: Künstliche Intelligenz und neue Computertechnologien, Verteidigung und Raumfahrt, Medizin und Biotechnologie, Kreislaufwirtschaft und Umwelttechnologien sowie die Mobilität der Zukunft. Die Industrie der Zukunft verbindet moderne Produktion und Logistik mit digitalen Dienstleistungen und neuen, datenbasierten Geschäftsmodellen. Gerade bei der industriellen Anwendung von KI wollen wir NRW zur Leitregion machen – vom Großkonzern bis zum kleinen Betrieb.

Diese Zukunftsfelder wollen wir mit echter Substanz füllen. Bei Halbleitern – dem Rückgrat jeder digitalen und klimaneutralen Industrie – bauen wir die Forschungsförderung und Brücken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aus. Bei der Quantentechnologie investieren wir in Testfelder, Ausbildung und schnelleren Technologietransfer. Die Raumfahrt nutzen wir als Innovationstreiber weit über die eigene Branche hinaus: Rund um starke Forschungseinrichtungen wie dem

Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) wollen wir den Transfer in die Wirtschaft und die Entstehung neuer Unternehmen vorantreiben.

Biobasierte Rohstoffe, Materialien und Produktionsverfahren können fossile und kritische Rohstoffe ersetzen und Importabhängigkeiten verringern. Wir beschleunigen deshalb den Weg von Forschung und Pilotprojekten in die industrielle Anwendung, insbesondere in unserer Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie. So schaffen wir neue Märkte und stärken zukunftssichere Wertschöpfung in NRW.

Innovation ist mehr als Technologie. Auch neue Geschäftsmodelle und Formen des Wirtschaftens können gesellschaftlichen Fortschritt vorantreiben. Gemeinwohlorientierte Unternehmen zeigen, dass unternehmerischer Erfolg und gesellschaftlicher Nutzen keine Gegensätze sind: von der Bürgerenergiegenossenschaft über die solidarische Landwirtschaft bis zum genossenschaftlichen Unverpackt-Laden. Diese Initiativen unterstützen wir gezielt mit Förderung und Bürokratieabbau und schaffen bessere Bedingungen für wirkungsorientiertes Wirtschaften.

NRW zeigt seine Zukunftsfähigkeit auch in neueren Wirtschaftszweigen wie der Gaming-Branche. Mit der gamescom in Köln ist NRW Standort für die weltweit größte Messe für interaktive Unterhaltung. Zahlreiche Entwicklerstudios und Gaming-Unternehmen haben ihren Sitz in NRW. Förderungen in diesem Bereich wollen wir fortsetzen und ausbauen. Gaming ist nicht nur eine eigene Kulturform geworden, sondern mittlerweile auch ein großer Wirtschaftsfaktor. Wir wollen NRW zum zentralen Games-Standort entwickeln.

Der Tourismus ist mit mehreren Milliarden Euro Umsatz und Hunderttausenden Erwerbstätigen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für NRW: von der dichtesten Kulturregion Europas mit sechs UNESCO-Welterbestätten bis zu naturreichen Regionen wie Sauerland, Ostwestfalen-Lippe und dem Nationalpark Eifel, die Besucher*innen anziehen, die authentischen, klimafreundlichen Urlaub suchen. Wir fördern diesen Trend gezielt mit nachhaltigen Tourismuskonzepten für die ländlichen Räume des Landes, damit Wertschöpfung auch dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird.

Kreislaufwirtschaft sichert unsere Rohstoffe

NRW muss unabhängiger von Rohstoffimporten werden. Unsichere Weltmärkte, geopolitische Konflikte und die Konzentration wichtiger Rohstoffe auf wenige Lieferländer zeigen: Eine sichere Rohstoffversorgung ist längst eine Frage unserer wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit. Kreislaufwirtschaft ist deshalb für uns auch Rohstoffpolitik. Rohstoffe, die bereits in unseren Produkten, Gebäuden und Anlagen stecken, müssen wir möglichst lange nutzen und zurückgewinnen.

Dafür müssen Ressourcen von Anfang an effizienter genutzt, Produkte langlebig, reparierbar und recyclingfähig gestaltet werden. Mit der Landeskreislaufwirtschaftsstrategie wurde der strategische Rahmen dafür gesetzt. Weiterhin unterstützen wir Forschung und Innovation und sorgen mit NRW.Energy4Climate für die Umsetzung in der Praxis. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Wir wollen zirkuläre Netzwerke fördern: Erfolgreiche Cluster und Projekte sollen langfristig unterstützt und besser miteinander vernetzt

werden, um NRW als Leitregion der Kreislaufwirtschaft in Europa zu positionieren.

Der Wandel hin zu einer Kreislaufwirtschaft muss der sogenannten "Abfallhierarchie" folgen. Abfälle sind in erster Linie zu vermeiden und Produkte wiederverwendbar zu gestalten. Sekundärrohstoffe sind für uns keine Abfälle zweiter Klasse, sondern wertvolle heimische Rohstoffquellen. Wir fördern Recycling, Wiederverwendung und industrielle Kreisläufe und reduzieren so Importabhängigkeiten. Gerade bei kritischen Rohstoffen bauen wir die Rückgewinnung sowie die dafür nötigen Recycling- und Verarbeitungskapazitäten in NRW und Europa aus. Der Staat schafft dabei selbst Nachfrage: Bei öffentlichen Beschaffungen und Bauvorhaben sollen qualitativ gleichwertige Recycling- und Sekundärmaterialien bevorzugt werden. Rechtliche und praktische Hemmnisse für qualitätsgesicherte Sekundärrohstoffe bauen wir ab, damit diese einfach und rechtssicher wieder als Rohstoffe eingesetzt und gehandelt werden können.

Reparieren statt Wegwerfen wird für uns zum Prinzip: Wir bauen ein landesweites Reparaturnetz auf, das Reparaturbetriebe und -initiativen sichtbar macht und verbindet, und erweitern Reparaturangebote, damit sich das Reparieren gegenüber dem Neukauf wieder lohnt.

Batterien und Akkus gehören nicht in den Hausmüll: Falsch entsorgte Lithium-Batterien oder E-Zigaretten führen immer wieder zu Bränden in Müllfahrzeugen oder Recyclinganlagen und gefährden so Beschäftigte und verursachen hohe Schäden. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für eine wirksame Rücknahmepflicht des Handels und ein Pfandsystem ein, das einen starken Anreiz zur Rückgabe schafft. Auch beim Onlinehandel braucht es klare Regeln, damit Batterien und Akkus zuverlässig zurückgenommen und fachgerecht entsorgt werden.

Strukturwandel verlässlich gestalten

Strukturwandel bedeutet für uns, aus der Veränderung heraus eine neue wirtschaftliche Stärke zu schaffen. Im Rheinischen Revier nutzen wir die Strukturfördermittel des Bundes gezielt dafür, neue Unternehmen und Technologien anzusiedeln, private Investitionen auszulösen und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Auch das Ruhrgebiet steht vor einem tiefgreifenden industriellen Wandel. Ehemalige Industrie-, Brach- und Konversionsflächen entwickeln wir zu neuen Standorten für Unternehmen, Forschung, Wohnen und Innovation und schaffen dort die Infrastruktur, die neue Investitionen möglich macht. Dabei haben wir besonders die Beschäftigten im Blick: Wenn sich Berufsbilder verändern oder Arbeitsplätze wegfallen, wollen wir frühzeitig neue Perspektiven schaffen. Deshalb bringen wir Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen und Weiterbildungsträger zusammen, stärken berufsbegleitende Qualifizierung und erleichtern den Wechsel in neue Tätigkeiten und wachsende Branchen. Unser Ziel ist, dass neue Arbeitsplätze möglichst dort entstehen, wo durch den Strukturwandel alte verloren gehen. Die Förderung der Metropole Ruhr wollen wir stärker bündeln und langfristiger ausrichten, statt sie auf zahlreiche Einzelprojekte zu verteilen. Bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsförderung Regionale Wirtschaftsstruktur (GRW) setzen wir uns dafür ein, dass die strukturellen Herausforderungen des Ruhrgebiets angemessen berücksichtigt werden.

Resilienz und Sicherheit als Standortfaktor

NRW lebt von offenen Märkten und internationaler Arbeitsteilung. Doch einseitige Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen, Vorprodukten und Technologien können unsere industrielle und politische Handlungsfähigkeit gefährden, verschärft durch Trumps unzuverlässige Handelspolitik und Putins hybride Kriegsführung gegen Europa. Deshalb erkennen wir kritische Abhängigkeiten frühzeitig, diversifizieren Bezugsquellen und stärken eigene Fähigkeiten in NRW und Europa dort, wo sie für unsere wirtschaftliche Sicherheit entscheidend sind. Ein kontinuierliches Rohstoffmonitoring hilft uns dabei, Engpässe frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig gegenzusteuern. Bestimmte Güter für unsere Grundversorgung – etwa Stahl und chemische Grundstoffe – wollen wir in NRW produzieren oder zumindest durch Herstellung in Europa krisensicher beziehen können.

Rechenzentren im Besitz europäischer Unternehmen sind eine Schlüssel-Infrastruktur für Künstliche Intelligenz und digitale Souveränität. In europäischer Hand verhindern sie den Abfluss von Daten und geistigem Eigentum und stärken unseren Wirtschafts- und Forschungsstandort. Hocheffiziente und mit erneuerbaren Energien betriebene Rechenzentren können einen wichtigen Beitrag zu „KI made in NRW“ leisten. Die Nutzung von Strom aus fossilen Quellen auf dem Gelände lehnen wir ab. Wir legen höchste Standards an Energie- und Flächeneffizienz, einen möglichst geringen Wasserverbrauch, die konsequente Nutzung von Abwärme und die Beteiligung von Kommunen. Dabei hat die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser für uns immer Vorrang vor dem Wasserbedarf von Rechenzentren. Auf europäischer Ebene muss die volle Transparenz über Energie- und Wasserverbrauch für einzelne Rechenzentren gesetzlich verankert werden, damit Land und Kommunen verlässlich planen können. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass digitale und industrielle Ökosysteme entstehen, die von Rechenzentren profitieren können.

Gleichzeitig sehen wir neben den großen Chancen von KI auch ihre Risiken. Für uns ist klar: Wir nutzen KI dort, wo sie sinnvoll ist, aber der Mensch bestimmt die Regeln. Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für Menschen dürfen nicht der alleinigen Kontrolle von KI-Systemen überlassen werden.

Fachkräfte gewinnen und halten

NRW braucht Fachkräfte, die anpacken: in Bildungs- und Gesundheitsberufen, aber auch im Handwerk, in den Unternehmen oder um die Digitalisierung NRWs weiter voranzutreiben. Wir setzen deshalb, insbesondere in Branchen mit Fachkräftemangel, auf eine Fachkräfteoffensive, die an mehreren Stellen ansetzt. So wollen wir Erwerbspotenziale ausschöpfen, die heute oft ungenutzt bleiben: Eltern in der Familienphase, Alleinerziehende und pflegende Angehörige, die (wieder) einsteigen wollen, aufstocken oder umsteigen. Für all dies braucht es eine starke Infrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert und ausreichend und flexible Betreuungsplätze schafft.

Wir können es uns nicht leisten, vorhandene Fähigkeiten ungenutzt zu lassen – unabhängig davon, ob jemand in NRW geboren wurde oder erst vor Kurzem zu uns gekommen ist. Zugewanderte und Geflüchtete bringen Qualifikationen, Berufserfahrung und Fähigkeiten mit, die wir auf unserem Arbeitsmarkt dringend

brauchen. Deshalb wollen wir ihren Weg in die Arbeit beschleunigen: Mitgebrachte Berufs- und Bildungsabschlüsse wollen wir schneller anerkennen. Fehlende Qualifikationen sollen möglichst berufsbegleitend erworben und Sprachförderung, Qualifizierung und Beschäftigung stärker parallel organisiert werden. Wer eine Ausbildung macht oder arbeitet und sich eine Perspektive aufgebaut hat, braucht eine verlässliche Bleibeperspektive.

Zu oft verbringen engagierte Unternehmer*innen gemeinsam mit ihren Beschäftigten lange Stunden auf den Fluren der Ausländerbehörden in unseren Kommunen. Sie brauchen Planungssicherheit: Sie müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Auszubildenden und Beschäftigten nicht aus laufender Ausbildung oder Beschäftigung abgeschoben werden. Heute hängt es noch zu oft vom persönlichen Einsatz einzelner Unternehmer*innen oder Handwerksmeister*innen ab, ob gut integrierte Menschen bleiben können. Wir wollen die Integrationsstrukturen so aufbauen, dass bestehende aufenthaltsrechtliche Spielräume konsequent für sichere Bleibeperspektiven während Ausbildung und Beschäftigung genutzt werden können. So sichern wir Fachkräfte, honorieren das Engagement der Betriebe und ermöglichen Menschen, auf eigenen Beinen zu stehen und ihre Fähigkeiten einzubringen.

Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Robotik können einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel leisten und zugleich die Produktivität erhöhen. Sie können Beschäftigte von Routinetätigkeiten und körperlich belastender Arbeit entlasten und ihnen mehr Zeit für die Aufgaben geben, bei denen Menschen unverzichtbar sind. Gerade kleine und mittlere Unternehmen brauchen dafür einen einfachen Zugang zu neuen Technologien und Know-how. Deshalb stärken wir den Transfer zwischen Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Startups und unterstützen die praxisnahe Erprobung und Anwendung von KI, Automatisierung und Robotik.

Wir erreichen unabhängige und saubere Energie

Saubere Energie zum Standortvorteil machen

NRW hat alles, was eine Energiewende zum Erfolg braucht: Erfindergeist und industrielle Stärke, eine leistungsfähige Infrastruktur, viel Potenzial für Erneuerbare Energien und Menschen, die anpacken und Veränderung möglich machen.

Eine eigene Energieversorgung macht uns unabhängig von fossilen Importen und Diktatoren weltweit: Wegen Wind und Sonne wurde noch nie ein Krieg geführt. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien brechen wir in NRW einen Rekord nach dem nächsten und sorgen so für bezahlbaren Strom. Diesen Weg setzen wir ambitioniert fort und entwickeln zugleich das Energiesystem weiter. Denn unser Strombedarf wird in Zukunft weiter steigen: Industrieprozesse werden elektrifiziert, immer mehr E-Autos und Wärmepumpen kommen hinzu, die Wasserstoffwirtschaft läuft an und mit KI und Rechenzentren entstehen neue große Stromverbraucher.

Unser Weg ist klar: Bis 2030 soll unser Strom in NRW zu 80 Prozent aus Erneuerbaren Energien stammen, bis 2035 wollen wir die Stromproduktion vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Dafür brauchen wir mehr Windenergie- und Solaranlagen und ein Energiesystem, das mitwächst: mit leistungsfähigen Netzen, Speichern und Flexibilität. Gleichzeitig sorgen wir

schon jetzt, u.a. mit dem Bürgerenergiegesetz, dafür, dass die Menschen vor Ort vom Ausbau profitieren und die Wertschöpfung in den Regionen ankommt. So sichern wir auch in Zukunft ausreichend sauberen, sicheren und bezahlbaren Strom für Menschen und Unternehmen in NRW.

Wachstum darf dabei auch mehr Stromverbrauch bedeuten: Entscheidend ist, dass die zusätzliche Nachfrage zunehmend klimaneutral, zuverlässig und wettbewerbsfähig gedeckt werden kann. Wir wollen mehr fossile Energie durch sauberen Strom ersetzen – in Industrie, Verkehr und Wärme. Deshalb setzen wir uns für NRW das Ziel, den Anteil von Strom am gesamten Endenergieverbrauch von heute rund 20 Prozent bis 2040 auf 50 Prozent zu steigern. Vom Bund fordern wir, endlich die Stromsteuer für alle zu senken und die Kosten des Netzausbaus über ein Amortisationskonto auf einen längeren Zeitraum zu strecken.

Wind und Sonne weiter auf Rekordkurs

Bei der Windenergie ist NRW Spitzenreiterin unter den Bundesländern. Diesen Platz verteidigen wir und bauen ihn aus, mit schnellen Genehmigungsverfahren und der Absicherung ausgewiesener Beschleunigungsflächen. Dafür brauchen wir stabile Ausschreibungsmengen durch den Bund und weiterhin einen Ausgleich der Standortnachteile gegenüber Küstenregionen.

Wir wollen, dass Menschen und Unternehmen Strom dann verbrauchen, wenn besonders viel Erneuerbare Energien produziert werden. Um das zu erreichen, braucht es vom Bund endlich einen Solarbonus, mit dem in den Sommermonaten mittags der Strombezug kostenlos für Haushalte wird. Bisher ungenutzte Potenziale bei flächensparenden Lösungen und Mehrfachnutzungen wie Agri- und Floating-PV Solaranlagen auf Parkplätzen wollen wir heben. Freiflächen-PV-Anlagen bieten die Chance, Energiewende und Artenschutz zusammen zu denken. Wo oben der Strom für unsere Industrie erzeugt wird, können unten Schafe weiden, Wildblumen blühen, Kleintiere Verstecke und Insekten Nahrung finden. Beim Bund setzen wir uns für einen Ausgleich ein, damit Anlagen aus NRW in den Ausschreibungen eine faire Chance im Wettbewerb mit der sonnenreicheren Südregion haben.

Netze, Speicher und digitale Steuerung ausbauen

Unser Ziel ist, ausreichend klimaneutrale Energie zuverlässig und zu wettbewerbsfähigen Preisen bereitzustellen. Dafür denken wir Erzeugung, Netze, Speicher und Flexibilität stärker zusammen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren müssen Netze und Steuerbarkeit Schritt halten. Wir wollen Netzanschlüsse mit schnelleren Genehmigungsverfahren beschleunigen. Fehlende Netzkapazitäten dürfen dabei nicht zur dauerhaften Bremse werden. Deshalb treiben wir parallel den Ausbau und die Digitalisierung der Netze voran. Wir wollen diese vorausschauend für den Strombedarf von morgen ausbauen.

Mehr und mehr Stromspeicher sorgen dafür, dass Wind- und Solarstrom zeitversetzt genutzt werden können. Dabei kommt es nicht nur darauf an, wie viele Speicher entstehen, sondern auch darauf, wo sie entstehen und wann sie Strom aufnehmen und abgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass Speicher ausreichende und wirksame Einsatzsignale vom Strommarkt und aus dem Netz bekommen, damit sie dort und dann Strom aufnehmen oder abgeben, wo es dem gesamten Energiesystem am meisten nutzt.

So können wir mehr erneuerbaren Strom nutzen, Netze entlasten und den Bedarf an Strom aus Gaskraftwerken deutlich senken.

Solaranlagen, Speicher, Wärmepumpen und E-Autos können zu einem flexiblen Energiesystem beitragen. Dafür müssen sie intelligent miteinander vernetzt und steuerbar sein. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für den deutlich schnelleren Ausbau von intelligenten Stromzählern (Smart-Meter) ein und treiben die Digitalisierung der Verteilnetze in NRW voran. Davon profitieren auch Verbraucher*innen: Mit Smart Metern können sie günstige Strompreise gezielt nutzen und E-Autos, Wärmepumpen oder Batteriespeicher dann einsetzen, wenn viel günstiger erneuerbarer Strom verfügbar ist.

Für die Zeiten, in denen Wind und Sonne nicht ausreichend Strom liefern, brauchen wir zusätzlich gesicherte Leistung. Deshalb setzen wir uns für Speicher, Flexibilitäten und wasserstofffähige Back-up-Kraftwerke ein. Dabei wollen wir Speicher und flexible Verbraucher bestmöglich nutzen, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sinnvoll einbinden und machen uns darüber hinaus für die Flexibilisierung bestehender Biogasanlagen stark, damit diese Strom dann produzieren, wenn wenig Strom aus Sonne und Wind zur Verfügung steht. So begrenzen wir den Bedarf an neuen wasserstofffähigen Gaskraftwerken auf das notwendige Maß und vermeiden neue fossile Abhängigkeiten.

Kohleausstieg 2030: Versorgung sichern, Zukunft gestalten

Den Kohleausstieg 2030 wollen wir verlässlich umsetzen. Mit der Entscheidung für den vorgezogenen Kohleausstieg haben wir eines der zentralen Versprechen dieser Landesregierung auf den Weg gebracht: acht Jahre früher aus der Braunkohleverstromung auszusteigen und dabei Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit der Energie miteinander zu verbinden. NRW hat die Voraussetzungen für den vorgezogenen Kohleausstieg geschaffen und sein Versprechen gehalten: Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren stark vorangetrieben, die notwendigen Entscheidungen im Rheinischen Revier getroffen und den Strukturwandel in der Region beschleunigt. Der Kohleausstieg 2030 ist deshalb weit mehr als das Abschalten von Kraftwerken: Er bedeutet den Umbau unseres Energiesystems und die Modernisierung unseres Industriestandortes.

Jetzt muss der Bund seinen Teil leisten, zügig die notwendigen gesicherten Kraftwerkskapazitäten ermöglichen und endlich Planungssicherheit schaffen, damit die dafür notwendigen Investitionen erfolgen können. NRW hat geliefert – jetzt darf der Bund den Kohleausstieg 2030 nicht durch fehlende Entscheidungen gefährden. Sollte für die Versorgungssicherheit eine zeitlich begrenzte Reserve notwendig sein, muss darüber auf Grundlage der tatsächlichen energiewirtschaftlichen Erfordernisse entschieden werden. Unser Ziel bleibt der Kohleausstieg 2030.

Auch ökologisch eröffnet der Kohleausstieg neue Chancen für das Rheinische Revier. Mit der Ausweisung des Hambacher Waldes als Wildnis-Entwicklungsgebiet schützen wir dauerhaft einen besonderen Naturraum. Auch bei der Nachnutzung ehemaliger Tagebauflächen wollen wir neue Räume für Natur und Erholung und damit neue Lebensqualität für die Menschen vor Ort schaffen.

Keine Rückkehr zur Atomkraft

Atomkraft ist für uns keine Zukunftstechnologie. Wir lehnen sogenannte “Small Modular Reactors” ab. Sie existieren bislang nur auf dem Papier, sind teuer, sicherheitspolitisch riskant und lösen die Frage der Uran-Abhängigkeit nicht. Wir fordern vom Bund endlich ein umfassendes Konzept für eine sichere Zwischenlagerung des Atommülls für die Zeit des fehlenden Endlagers. Darüber hinaus fordern wir den Bund dazu auf, alle Hebel zur Beschleunigung des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall zu nutzen. Auch unter sicherheitstechnischen Aspekten drängt hier die Zeit. Die Endlagerung von radioaktiven Abfällen ist nach wie vor ungeklärt, ebenso fehlt ein langfristiges Zwischenlagerkonzept. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung hierfür endlich ein entsprechendes Konzept vorlegt, und bringen uns konstruktiv in diesen Prozess ein. Solange beides unklar ist, sind die von der Bundesregierung verfügten Castor-Transporte von Jülich und Garching nach Ahaus nicht sinnvoll. Als Landesregierung werden wir selbstverständlich weiterhin das geltende Bundesrecht umsetzen. Die politische Entscheidung der Bundesregierung für diese Transporte lehnen wir jedoch ab und setzen uns für ein nachhaltigeres und sicheres Konzept für die End- und Zwischenlagerung ein. Der Atomausstieg ist für uns erst vollständig, wenn auch die Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefertigung in Lingen beendet werden – neue atomare Abhängigkeiten, etwa über Rosatom, den staatlichen russischen Atomkonzern, kommen für uns nicht infrage.

Energie in Bürger*innenhand

Mit dem Bürgerenergiegesetz und dem Bürgerenergiefonds haben wir die Grundlage geschaffen, dass die Menschen vor Ort am Erfolg der Erneuerbaren Energien teilhaben können. Diesen Weg gehen wir weiter: Wir unterstützen Bürger*innen, die sowohl Strom produzieren, als auch konsumieren, gezielt. Wir fördern außerdem Speicher- und Quartierslösungen und bringen Energieerzeugung und -nutzung stärker in Bürgerhand und in die Kommunen zurück. Auch wer zur Miete wohnt, muss ein echter Teil der Energiewende sein: Wir setzen uns bei den Netzbetreibern für die konsequente Umsetzung von gemeinschaftlicher Gebäudeversorgung und Energy-Sharing ein.

Wer eine energetische Sanierung oder Heizungsumstellung plant, trifft eine langfristige Entscheidung und braucht dafür verlässliche Förderbedingungen statt jährlicher Unsicherheit. Wir sichern zentrale Landesprogramme mit mehrjährigen Förderzusagen von mindestens drei Jahren ab und machen Informationen dazu niedrigschwellig zugänglich.

Die Energiewende muss alle Generationen mitnehmen. Gerade ältere Menschen stehen bei der Umstellung ihrer Energieversorgung oft vor besonderen Hürden, beispielsweise vor begrenzten finanziellen Spielräumen, älteren Gebäuden oder komplizierten digitalen Anwendungen. Deshalb gestalten wir Informations-, Beratungs- und Förderangebote barrierefrei, mehrsprachig und niedrigschwellig, damit auch ältere Menschen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Menschen mit geringem Einkommen gleichermaßen von der Energiewende profitieren.

Wärme, die sich alle leisten können

Wir nutzen die Länderöffnungsklausel, um die Wärmewende in NRW auf realistische und bezahlbare Lösungen auszurichten. Wo Wärmepumpen effizient eingesetzt werden können, wollen wir ihnen Vorrang vor knappen und teuren biogenen Brennstoffen geben. Diese sollen vor allem dort zum Einsatz kommen, wo andere klimaneutrale Alternativen nicht sinnvoll verfügbar sind. Die kommunale Wärmeplanung unterstützen wir landesseitig, damit der Gebäudebestand schneller klimaneutral wird, und stärken die Abwärmenutzung gezielt. Zusätzlich etablieren wir Kältenetze für effiziente Gebäudekühlung.

NRW hat mit dem “Masterplan Geothermie”, der geologischen Erkundung und der Absicherung des Fündigkeitsrisikos, dem finanziellen und technischen Risiko in der Tiefengeothermie, wichtige Voraussetzungen für den Hochlauf dieser wichtigen Quelle der Wärmenutzung geschaffen. Jetzt wollen wir Geothermie vom Pilotprojekt zu einer wichtigen Säule insbesondere der klimaneutralen Wärmeversorgung entwickeln: für Wärmenetze, Quartiere und dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, auch für industrielle Anwendungen. Dafür entwickeln wir Genehmigungsverfahren, Datengrundlagen und die bestehenden Förder- und Absicherungsinstrumente weiter.

Klimafreundliches Heizen darf keine Frage des Einkommens sein. Mit dem Landesprogramm „Wärme für alle" bringt NRW den Ausbau von Großwärmepumpen und klimafreundlichen Nahwärmenetzen insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren voran. Dabei bündeln wir Landes-, Bundes- und private Mittel und schließen gezielt Finanzierungslücken. Unser Ziel ist eine bezahlbare und klimaneutrale Wärmeversorgung. Auch die Wärmepumpe im eigenen Zuhause muss bezahlbar sein. Wir setzen uns deshalb für eine verlässliche und sozial gestaffelte Bundesförderung ein, die Investitionen ermöglicht, ohne Preissteigerungen bei Herstellern und Anbietern zu fördern. Dabei wollen wir stärker mit festen Förderbeiträgen statt prozentualen Zuschüssen arbeiten und so Anreize für sinkende Preise und mehr Wettbewerb schaffen.

Wir gestalten Mobilität für alle

Bus und Bahn ausbauen – für Stadt und Land

Die Verkehrswende ist der wichtigste Hebel für gerechte Klimaneutralität: wie wir uns fortbewegen, hat einen entscheidenden Einfluss auf unsere Umwelt. Gleichzeitig ist Mobilität eine zentrale Voraussetzung für Chancengleichheit, Bildungserfolg und soziale Teilhabe von Menschen. Wir wollen, dass NRW ein Land ist, in dem alle zuverlässig von A nach B kommen. Wir wollen, dass Mobilität bezahlbar und klimafreundlich ist – von der Großstadt bis ins Dorf. Dafür benötigen wir zuerst ein ÖPNV-Angebot, auf das man sich verlassen kann: ausreichend Kapazität, verlässliche Takte und Verbindungen auch dort, wo heute noch keine Schienen liegen. Wir wollen, dass Bahnen und Busse eine echte Alternative zum Auto werden.

Mit steigenden Fahrgastzahlen müssen Kapazität, Komfort und Sicherheit zunehmen. Wenn Regionalzüge stark überfüllt sind und Fahrgäste in den Gängen stehen müssen, sollen freie Plätze in der 1. Klasse unbürokratisch für alle Fahrgäste

freigegeben werden können. Wir wollen dafür gemeinsam mit den Aufgabenträgern landesweit einheitliche Regeln schaffen und entsprechende Vorgaben in den Verkehrsverträgen verankern. Moderne, größere Fahrzeuge und bestehende Sicherheitskonzepte bauen wir aus, damit Busse, Bahnen und Bahnhöfe dauerhaft attraktiv und sicher bleiben.

Auch auf heißere Sommer bereiten wir den Nahverkehr vor: Bei der Modernisierung von Fahrzeugen und Infrastruktur berücksichtigen wir konsequent den Hitzeschutz und sorgen in den Fahrzeugen für Klimaanlagen , mehr Schatten und für die Begrünung der Haltestellen und Mobilstationen. Wir verbessern die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder, da sie den Weg zwischen Haltestelle und Ziel verkürzen.

Gute Mobilität darf nicht davon abhängen, ob vor der eigenen Haustür Schienen liegen. Gerade in ländlichen Regionen, in denen neue Bahnverbindungen nicht überall realistisch sind, bauen wir gemeinsam mit den Aufgabenträgern ein verlässliches Netz regionaler Schnellbuslinien aus. Sie sollen Städte und Gemeinden ohne direkten Bahnanschluss schnell mit den nächsten Mittel- und Oberzentren sowie wichtigen Bahnhöfen verbinden. Dafür stärken wir die Landesfinanzierung für regionale Schnellbusse und sorgen für abgestimmte Takte und gute Anschlüsse an den Schienenverkehr. Ergänzend stärken wir On-Demand-Verkehre, die insbesondere in dünn besiedelten Regionen die letzte Lücke zwischen Wohnort, Schnellbus und Schiene schließen können. Die landesweit einheitliche App “Rufmobil.NRW” machen wir zum flächendeckenden Standard. Auch den grenzüberschreitenden ÖPNV mit Belgien und den Niederlanden stärken wir und setzen uns für einheitliche Tarife, gute Angebote und abgestimmte Takte ein. Damit der Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln überall reibungslos gelingt, bauen wir Mobilstationen in Stadt-, Quartiers- und Ortszentren aus. mit direktem Anschluss an Bus und Bahn, Leihrädern und Ladeinfrastruktur für E-Autos und E-Bikes an einem Ort.

Barrierefrei unterwegs – von der Planung bis zum Ziel

Mobilität ist für uns ein Menschenrecht. Deshalb möchten wir Barrierefreiheit in allen Aspekten des ÖPNV weiter ausbauen, damit Busse, Bahnen und Haltestellen wirklich für alle Menschen in NRW nutzbar sind.

Barrierefreie Mobilität beginnt schon vor der Bahnsteigkante. Wir wollen, dass Menschen ihre Wege mit Bus und Bahn selbstständig planen und zurücklegen können. Deshalb treiben wir den barrierefreien Umbau von Bahnhöfen, Haltestellen und Fahrzeugen konsequent voran. Dazu gehören stufenlose Zugänge, funktionierende Aufzüge und Rampen, barrierefreie Ein- und Ausstiege sowie taktile Leitsysteme und eine barrierefreie Wegeführung. Auch beim Ausbau von Mobilitätsstationen und bei der Gestaltung des öffentlichen Raums berücksichtigen wir die besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung. Neben baulichen Barrieren nehmen wir digitale, sensorische, kommunikative und kognitive Barrieren in den Blick. Fahrgastinformationen sollen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip, also sichtbar und hörbar verfügbar, Apps und Ticketangebote barrierefrei bedienbar und Informationen verständlich sein. Informationen über die Zugänglichkeit von Stationen und Fahrzeugen sowie über ausgefallene Aufzüge sollen zuverlässig und in Echtzeit verfügbar sein. Unser Ziel ist eine durchgehend barrierefreie

Reisekette, von der Planung über den Weg zur Haltestelle und den Einstieg bis zum Ticketkauf und zum Ziel.

Ein Ticket für alle: einfach und bezahlbar

Ein gutes Angebot nützt wenig, wenn der Zugang dazu kompliziert oder zu teuer ist. Deshalb machen wir auch Tickets und Tarife so einfach, wie Mobilität selbst sein sollte. Das Deutschlandticket wollen wir als attraktives und leistungsfähiges Angebot erhalten und weiterentwickeln. Es macht Mobilität bezahlbar, sichert gesellschaftliche Teilhabe und bringt die Mobilitätswende voran. Dafür machen wir Druck auf den Bund, seinen Zuschuss deutlich zu erhöhen, damit der Preis dauerhaft günstig wird. Wir sichern das Sozialticket und wollen es weiter vereinheitlichen. Perspektivisch wollen wir mit einer stärkeren Beteiligung des Bundes ermöglichen, dass Schüler*innen bundesweit kostenlos mit Bus und Bahn fahren können. Beim verbleibenden Ticketsortiment setzen wir stärker auf digitale Lösungen wie den Ticketkauf per Bankkarte. Mit “eezy.NRW” zeigt NRW, wie einfach es sein kann: Einchecken beim Einstieg, Auschecken am Ziel – automatische Abrechnung zum günstigsten Preis. Dieses Erfolgsmodell wollen wir bekannter machen und mit digitalen, landesweit einheitlichen Tarifen den Tarifdschungel endgültig beenden.

Bahn zuverlässig und leistungsfähig machen

Zuverlässige Zugverbindungen sind für unseren Alltag zentral, egal ob auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zu Familie und Freund*innen. Die jahrzehntelang vernachlässigte Bahninfrastruktur muss deshalb konsequent weiter saniert werden: Wir führen die Sonderprogramme von “DB InfraGO” fort.

Mit dem Programm „Robustes Netz“ investieren Land und Deutsche Bahn bereits gemeinsam in eine stabilere Infrastruktur. Diesen Weg setzen wir fort: Wir wollen besonders störanfällige Stellen im NRW-Schienennetz gezielt beseitigen und die Infrastruktur robuster gegen Ausfälle machen. Die Fahrgastinformation, insbesondere über digitale Systeme wie das Zugradar, verbessern wir weiter, damit Verspätungen, Ausfälle, Gleisänderungen und alternative Verbindungen zuverlässig und in Echtzeit verfügbar sind.

Als Teil unserer kritischen Infrastruktur schützen wir Schienennetz, Stellwerke und digitale Steuerungssysteme besser vor Sabotage und Cyberangriffen und fördern dafür die Zusammenarbeit von Verkehrsunternehmen und Sicherheitsbehörden.

Die kommenden Jahre werden zugleich von notwendigen Baustellen und Streckensperrungen geprägt sein. Wir sorgen für bessere Baustellenkoordination, damit die Belastungen für Fahrgäste möglichst gering bleiben. Wir bündeln Baustellendaten von Straße und Schiene und verbessern die Koordination von Sperrungen und Umleitungen. Dafür sollen Deutsche Bahn und Straßenbaulastträger ihre Baustellendaten vollständig und aktuell bereitstellen.

Bei längeren Streckensperrungen setzen wir uns gegenüber der Deutschen Bahn für einen verlässlichen und leistungsfähigen Schienenersatzverkehr ein. Dazu gehören neben regulären Ersatzbussen auch Expressverbindungen zwischen wichtigen Knoten, damit längere Strecken trotz Baustellen möglichst schnell zurückgelegt werden können.

Eine zuverlässige Bahn braucht neben einer funktionierenden Infrastruktur auch ausreichend Personal. Unser Aktionsprogramm und die verstärkten Ausbildungsbemühungen der Branche zeigen Wirkung: 2025 haben rund 700 zusätzliche Lokführer*innen eine Ausbildung begonnen, personalbedingte Ausfälle im Regional- und Nahverkehr konnten auf unter ein Prozent gesenkt werden. Mit einer neuen zentralen Ausbildungsstruktur bündeln wir zudem die Qualifizierung von Fachkräften unternehmensübergreifend und schaffen zusätzliche Ausbildungskapazitäten. Diesen Weg setzen wir fort, erleichtern den Quereinstieg in Bahnberufe und wollen gezielt mehr Frauen für die Schiene gewinnen.

Wer täglich für unsere Mobilität sorgt, muss bei der Arbeit bestmöglich geschützt sein. Deshalb bauen wir Sicherheitsteams, Sicherheitstrainings und -ausstattung weiter aus und verbessern schnelle Hilferufsysteme.

Unser Bahnnetz ausbauen

Wir bauen das Schienennetz in NRW weiter aus, mit mehr Verbindungen, mehr Haltestellen und Anschlüssen auch dort, wo heute noch keine Schienen liegen. Unser Ziel ist es, mehr Menschen in NRW an das öffentliche Verkehrsnetz anzubinden.

Mit der Zusammenführung der Verkehrsverbünde zur Gesellschaft „Schiene.NRW“ haben wir den Schienenpersonalverkehr in NRW reformiert. Wir wollen auch weiterhin dafür sorgen, dass unsere Verkehrsstrukturen effizienter werden und den Nahverkehr im Rhein-Ruhr-Gebiet, im Rheinland und in Ostwestfalen-Lippe deutlich verbessern. Für die Metropolregionen Rhein-Ruhr zum Beispiel mit dem Konzept “S-Bahn-2.0”: mit dichteren Takten, besseren Verbindungen zwischen den S-Bahn-Linien und mehr Direktverbindungen, damit Menschen schneller und zuverlässiger von A nach B kommen.

Wir setzen uns auch weiterhin für die Reaktivierung von Bahnstrecken ein: Die Zielnetze 2032 und 2040 für den Schienenverkehr werden wir aktualisieren und um eine Priorisierung und Beschleunigung für konkrete Reaktivierungsprojekte ergänzen. Wo Machbarkeitsstudien ein ausreichendes Fahrgastpotenzial zeigen, wollen wir den Weg in die konkrete Planung beschleunigen und dafür insbesondere die Finanzierung der frühen Planungsphasen stärken. Ehemalige Bahntrassen mit Potenzial für eine spätere Reaktivierung sichern wir vor Überbauung. Auch wenn das Land nicht Eigentümerin der Bahninfrastruktur ist, stellen wir mehr Landesmittel für Planung und Ausbau bereit und beseitigen vorrangig die Engpässe an zentralen Knoten wie Köln, Düsseldorf und Dortmund. Hier setzen wir uns auch für den beschleunigten Ausbau des RRX ein.

Auch auf kommunaler Ebene bringen wir Bus und Bahn voran: Mit regional spezifischer Erhöhung der Taktung wollen wir in ganz NRW eine verlässliche Grundversorgung mit Bus und Bahn sichern. Den interkommunalen Schienenausbau unterstützen wir stärker, mit dem Ziel, das Netz bis 2040 um 150 Kilometer zu erweitern. Außerdem modernisieren wir Stadt- und Straßenbahnsysteme nach einheitlichen Standards.

Das rund 300 Kilometer lange RWE-Werksbahnnetz im Rheinischen Revier, bislang für Braunkohle- und Abraumtransporte genutzt, muss als Bahninfrastruktur erhalten bleiben. Wir unterstützen den Weiterbetrieb nach dem Kohleausstieg für

den Güter- und Personenverkehr und wollen, dass Flächen an der Werksbahn für die Bahnindustrie und nachhaltige Wirtschaftskonzepte umgenutzt werden.

Möglichst viele Güter gehören auf die Schiene. Dafür stärken wir die Vernetzung mit Straßen und Wasserstraßen durch Terminals. Wir unterstützen den Anschluss von Gewerbegebieten und Betrieben ans Schienennetz.

Durch NRW verlaufen zentrale europäische Netzkorridore. Unsere Verkehrsinfrastruktur ist damit auch für das europäische Verkehrsnetz von Bedeutung. Wir investieren deshalb in Netzausbau und Sanierung, stärken den SPNV und setzen uns für ein einheitliches Ticketsystem auf europäischer Ebene ein. Außerdem stehen wir auch weiterhin für eine direkte Zugverbindung zwischen Köln und London.

Rad- und Fußverkehr stärken

Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad im Alltag, dank Pedelecs, E-Bikes und Radschnellwegen längst auch auf dem Land und in bergigen Regionen. Sie brauchen eine sichere Infrastruktur, auch zum Abstellen und Laden, damit der Umstieg vom Auto aufs Rad gelingt. Jeder Weg, der mit dem Rad zurückgelegt wird, entlastet unsere Straßen und tut dem Klima und der Gesundheit gleichermaßen gut. Wir haben mit der bislang größten Investitionssumme für den Radverkehr in der Geschichte des Landes unser Ziel von 1.000 Kilometern neuer Radwege bis 2027 fast erreicht, werden die Prozesse weiter beschleunigen und den Ausbau fortsetzen.

Wir setzen uns weiterhin für eine Verbesserung der Radinfrastruktur ein: Das landesweite Radleitnetz entwickeln wir als hochwertiges Netz für den Alltagsradverkehr weiter. Neben den bereits geplanten sieben Radschnellwegen entstehen gemeinsam mit den Kommunen weitere Radvorrangrouten und überörtliche Verbindungen. Kleine Gemeinden mit begrenzten Ressourcen unterstützen wir gezielt durch Standardisierung, Bürokratieabbau, Rahmenverträge und geförderte Radverkehrskoordinationsstellen in allen Städten und Landkreisen.

Die Landesregierung verfolgt die „Vision Zero“ – also null Tote und Schwerverletzte im Straßenverkehr – als zentrales Ziel ihrer Verkehrssicherheitsstrategie. Das bedeutet für uns: Wir gestalten Regeln, Infrastruktur und die Aufteilung des Straßenraums so, dass die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen besonders geschützt werden.

Egal ob auf dem Rad oder zu Fuß – NRW soll das sicherste Bundesland für Alltagsmobilität werden. Unser Ziel ist klar: Niemand soll im Straßenverkehr sein Leben verlieren oder schwer verletzt werden. Wir wollen Kommunen bei der Anwendung der STVO deutlich mehr Handlungsspielraum geben. Wir verbessern das Parkraummanagement, um den öffentlichen Raum in unseren Städten fair zu verteilen. Jedes Kind in NRW soll unabhängig vom Wohnort sicher mit dem Rad zur Schule fahren können. Mit einer Landesoffensive „Sicheres Schulumfeld“ bündeln wir Maßnahmen für sichere, aktiv zurückgelegte Schulwege. Damit stärken wir gemeinsam mit den Kommunen sichere Schulwege für Kinder zu Fuß und mit dem Rad. Ergänzend etablieren wir gemeinsam mit den Kommunen sichere Schulradrouten mit landesweiten Qualitätsstandards, schließen Netzlücken und entschärfen gefährliche Querungsstellen. Schulwege sollen regelmäßig unter Beteiligung von Schulen, Eltern und Schüler*innen überprüft und eng mit der kommunalen Radverkehrs- und Mobilitätsplanung verknüpft werden. Schulstraßen, Hol- und

Bring-Zonen und Walking-Bus-Angebote unterstützen wir mit einheitlichen Leitlinien und einem landesweiten Wissenstransfer. Die Radfahrausbildung entwickeln wir zu einem durchgängigen Programm „Sicher auf dem Rad“ weiter, das nach der Grundschule altersgerechte Auffrischungen und praktische Verkehrssicherheitsbildung vorsieht.

Auch wer zu Fuß unterwegs ist, muss sich auf gute Bedingungen verlassen können. Wir unterstützen Kommunen dabei, eigene Fußverkehrsstrategien zu entwickeln und umzusetzen – für eine komfortable, barrierefreie Wegeführung auf Straßen, Wegen und Plätzen und die Möglichkeit, Straßen sicher zu überqueren. Ampelschaltungen gestalten wir auch für Fußgänger*innen attraktiv, mit ausreichend Grünphasen statt langer Wartezeiten. Abgesenkte Bordsteine und taktile Leitelemente sorgen dafür, dass auch mobilitätseingeschränkte und sehbehinderte Menschen sicher und selbstständig unterwegs sein können.

Straßen erhalten und digital steuern

Zu einer funktionierenden und zukunftsfesten Infrastruktur gehören auch Straßen und Brücken. Funktionierende Straßen und Brücken sind wichtiger als immer neue Straßenbauprojekte, die zusätzliche Flächen, Geld und Planungskapazitäten binden. Unser Grundsatz lautet daher: Erhalt vor Neu- und Ausbau. Gerade marode Brücken müssen zuverlässig saniert und ersetzt werden. Im Rahmen des NRW-Plans und des Sondervermögens des Bundes können wir unsere Aktivitäten zur Sanierung und den Erhalt von Brücken und Straßen erheblich ausweiten. Den Großteil der Mittel stellen wir dabei den Kommunen zur Verfügung – allein zwei Milliarden Euro für die Sanierung und den Ersatzneubau überregional bedeutsamer kommunaler Brücken. Um den Kommunen die Planung und Umsetzung der Projekte zu erleichtern, gründen wir eine „Brücken-Agentur”.

Mit der Sanierungsoffensive und dem “400-Brücken-Programm” haben wir die Investitionen für den Erhalt auf besonders sanierungsbedürftige Straßen und Brücken deutlich erhöht und schaffen eine verlässliche Perspektive für deren Erneuerung. Innovative, ressourcenschonende Modul- und Expressbauweisen wollen wir stärker nutzen, um Bauzeiten zu verkürzen und die Belastungen durch Sperrungen und Umleitungen zu reduzieren. Gleichzeitig wollen wir Baustellen von Bund, Land, Kommunen und Deutscher Bahn frühzeitig und besser aufeinander abstimmen. So können parallele Großbaustellen und sich überschneidende Umleitungen vermieden und Verkehrsbeeinträchtigungen für Pendler*innen, Unternehmen und Logistik möglichst gering gehalten werden.

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen wir durch einfachere Ausschreibungen, konsequente Digitalisierung und die Vermeidung von Doppelprüfungen, ohne Umwelt- und Naturschutzstandards abzusenken. Den Landesstraßenbedarfsplan richten wir neu an verkehrlichem Bedarf, Finanzierbarkeit und Klimaschutz aus und konzentrieren die verfügbaren Mittel auf tatsächlich realisierbare Projekte.

Auch vom Bund erwarten wir, den Grundsatz „Erhalt vor Neu- und Ausbau“ verbindlich in der Bundesfernstraßenpolitik zu verankern. Marode Brücken und bestehende Verkehrswege in NRW müssen zuverlässig saniert werden, bevor neue Kapazitäten geschaffen werden. Autobahnausbauprojekte wollen wir deshalb nach Planungskapazität, Kosten und Nutzen sowie ihren Klima-, Flächen- und Sozialwirkungen neu bewerten. Zusätzliche Kapazitäten soll es nur dort geben, wo

sie zwingend erforderlich sind und die vorhandene Infrastruktur nicht effizienter genutzt werden kann. Fördermittel für Kommunen richten wir ebenfalls am Erhalt der Straßen- und Radwegeinfrastruktur sowie an Verbesserungen für Nahmobilität und ÖPNV aus. Auf besonders vom Schwerverkehr belasteten Landesstraßen führen wir zudem eine LKW-Maut ein, deren Erlös zweckgebunden in Straßenerhalt, Radinfrastruktur und Nahverkehr fließt. So verhindern wir, dass LKW auf mautfreie Landesstraßen ausweichen und Kommunen unter Lärm und Straßenschäden leiden.

Neben dem Erhalt wollen wir die bestehende Infrastruktur intelligenter und effizienter nutzen. Mit der "Landesagentur für Mobilitätsdaten" (MOBIDROM) schaffen wir die Grundlage für einen digitaleren, effizienteren und nutzerfreundlicheren Verkehr – von besserer Routenplanung über zuverlässigere Fahrgastinformationen bis zur intelligenten Steuerung von Verkehrsströmen. Die Zahl digitaler Lichtsignalanlagen erhöhen wir deutlich, damit Grünphasen sich an die tatsächliche Verkehrslage anpassen und Busse, Einsatzfahrzeuge sowie Rad- und Fußverkehr gezielt bevorrechtigt werden können. Auch beim autonomen ÖPNV wollen wir vom Pilotstatus in den regulären Alltag kommen: Eine zentrale Genehmigungsstelle bündelt und standardisiert die Verfahren, mit klaren Fristen, damit autonome Fahrzeuge dort eingesetzt werden, wo sie den Nahverkehr wirklich stärken, ohne die Betriebskosten zu erhöhen.

Elektromobilität für alle erschwinglich machen

Klimafreundliche Mobilität darf nicht vom Einkommen abhängen. Vom Bund fordern wir Social-Leasing-Modelle für Elektroautos und Kaufprämien für gebrauchte E-Fahrzeuge, damit sich mehr Menschen den Umstieg auf ein E-Auto leisten können. Beim Güterverkehr fördern wir weiter den Umstieg von Diesel-LKW auf elektrische Antriebe, damit auch er klimafreundlich und unabhängig von fossilen Importen wird.

Eine zuverlässige Ladeinfrastruktur ist der entscheidende Erfolgsfaktor für Elektromobilität. Unser Ziel ist eine flächendeckende und bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur in ganz NRW, damit gute Lademöglichkeiten unabhängig von Wohnort und Wohnsituation verfügbar sind. Wir legen deshalb ein Programm für den Ausbau von Schnellladepunkten entlang der Autobahnen auf und treiben den bedarfsgerechten Ausbau von Schnellladeinfrastruktur für E-LKW und in Logistikdepots voran. Gleichzeitig treiben wir den Ausbau dort voran, wo Menschen ihr Auto ohnehin länger abstellen: an Mehrfamilienhäusern, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und im Einzelhandel. Insbesondere erleichtern wir damit auch Nutzer*innen ohne eigene Garage den Zugang zu Ladeinfrastruktur. Wo kein eigener Stellplatz vorhanden ist, bauen wir bürokratische Hürden für das Laden auf öffentlichen Straßen direkt vor der eigenen Haustür ab und schaffen einheitliche, unkomplizierte Regeln für Sondernutzungserlaubnisse. Kleine und mittlere Logistikunternehmen unterstützen wir beim Aufbau eigener Ladeinfrastruktur für ihre E-Lkw-Flotten. Kommunen helfen wir mit Ladeinfrastrukturkonzepten dabei, vorausschauend zu planen, wo zusätzliche Ladepunkte benötigt werden. Die gezielte Förderung von Ladeinfrastruktur setzen wir dort fort, wo der Markt allein noch nicht ausreichend vorankommt.

Binnenschifffahrt resilient machen

Lange Trockenperioden und extreme Niedrigwasserlagen werden wir in NRW aufgrund des Klimawandels immer häufiger erleben. Sie treffen nicht nur die Natur, sondern auch die Binnenschifffahrt und die Wirtschaft am Rhein zunehmend hart. Rund 80 Prozent des deutschen Binnenschiff-Güterverkehrs entfallen auf den Rhein und seine Nebenflüsse. Bei Niedrigwasser drohen deshalb schnell Engpässe für die Chemieindustrie, Stahlwerke und die Energieversorgung, bis hin zu Produktionsdrosselungen und Kurzarbeit bei Unternehmen, deren Standorte auf den Rheintransport angewiesen sind.

Dafür benötigen wir auch technische Maßnahmen an einigen Engstellen im Rhein. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund dafür endlich Mittel freimacht. Über Maßnahmen an Engstellen am Fluss hinaus stärken wir deshalb die Bevorratung und Koordinierung von Gütern, den Einsatz niedrigwassergängiger Schiffe und Umstiegskonzepte auf die Schiene. Wir setzen uns für eine nationale Taskforce Niedrigwasser ein, die Bund, Länder, Häfen, Binnenschifffahrt und Wirtschaft zusammenbringt und Maßnahmen für belastbare Logistikketten koordiniert. Der Bund muss die bereits geplanten Maßnahmen an den Bundeswasserstraßen beschleunigen, die Befahrbarkeit des Rheins bei Niedrigwasser durch die gezielte Optimierung der Fahrrinne verbessern und dafür ausreichend Planungs- und Investitionsmittel bereitstellen. Die Modernisierung der Flotte hin zu niedrigwassergängigen und klimaneutralen Schiffen wollen wir mit geeigneten Förderinstrumenten unterstützen. Gleichzeitig stärken wir Häfen als multimodale Knoten und schaffen bessere Voraussetzungen dafür, Güter bei Niedrigwasser flexibel zwischen Schiff und Schiene zu verlagern.

Luftverkehr zukunftsfähig gestalten

Fliegen ist für das global vernetzte NRW und seine Bürger*innen von großer Bedeutung. Ob Tourismus, Wirtschaft oder Logistik, ohne unsere Flughäfen geht es nicht. Zugleich leiden Anwohner*innen in den Flugschneisen von Flughäfen besonders nachts unter Fluglärm mit erheblichen Folgen für ihre Gesundheit. Am Flughafen Düsseldorf werden wir uns weiter für die Einhaltung der in der Betriebsgenehmigung verankerten Nachtruhe einsetzen. Am Flughafen Köln/Bonn reduzieren wir die Lärmbelastung durch die neuen Auflagen in der Betriebsgenehmigung weiter. Im Rahmen der Möglichkeiten des Landes schaffen wir mit stärker lärm- und emissionsabhängigen Start- und Landeentgelten Anreize für leisere und saubere Flugzeuge.

Flughäfen in NRW müssen sich dauerhaft wirtschaftlich selbst tragen; dauerhafte Betriebssubventionen aus öffentlichen Haushalten lehnen wir ab. Wo schnelle und attraktive Bahnverbindungen eine echte Alternative bieten, wollen wir Kurzstreckenflüge zunehmend auf die Schiene verlagern und dafür insbesondere die nationalen und europäischen Direktverbindungen aus NRW stärken. Gleichzeitig unterstützen wir Flughäfen auf dem Weg zur Klimaneutralität und wollen NRW, aufbauend auf seinen zahlreichen Forschungsaktivitäten, zum führenden Standort für klimaneutrale Flugkraftstoffe, Wasserstoff- und Elektroflugzeuge machen.